WAHLKAMPF-ENDSPURT IN HANNOVER: WER VON DEN BUNDESTAGSKANDIDATEN SORGT FÜR MEHR WOHNUNGSBAU?

Veröffentlicht am 14.02.2025 um 11:58 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Zwei Kreuze, die auch übers Wohnen entscheiden: Das Bauen und Wohnen in der Stadt und Region Hannover soll in der Wahlkabine eine wichtige Rolle spielen. Das fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Die Bau-Gewerkschaft startet einen „Wahl-Weckruf Wohnen“ und warnt: „Es ist höchste Zeit, den Neubau anzukurbeln. Wer in der Stadt und Region Hannover für den Bundestag kandidiert, muss deshalb beim Wohnungsbau Farbe bekennen: Soll es ein Konjunkturprogramm für mehr Wohnungsbau geben – ja oder nein? Denn wer regieren will, der muss dringend den Wohnungsbau als Konjunkturmotor in Schwung bringen“, so Stephanie Wlodarski.

Was das Wahlkreuz mit dem Mauerstein zu tun hat: "Bei der Bundestagswahl geht es auch darum, wie viele Wohnungen in der Stadt und Region Hannover künftig neu gebaut werden", sagt die IG BAU. Die Gewerkschaft fordert von der neuen Bundesregierung ein Neubau-Konjunkturprogramm. *© IG BAU, Florian Göricke*

Die Vorsitzende der IG BAU Niedersachsen-Mitte warnt: „Passiert nichts, dann droht der Bau Leute zu verlieren. Das wäre fatal. Denn jeder einzelne Arbeitsplatz zählt. Für den Neubau und für Sanierungen braucht die Stadt und Region Hannover in den kommenden Jahren jeden, der auf dem Bau zupackt.“

„Doch konkrete Wahlversprechen zum Wohnungsbau gebe es nicht: „Die Parteien versuchen, einen weiten Bogen um das Thema zu machen“, so Stephanie Wlodarski. Deshalb sei der „politische Wohnungsbau-Check“ bei den Bundestagskandidaten in der Stadt und Region Hannover „mehr als fällig“. Wer in den Bundestag wolle, müsse klare Ziele haben und klare Versprechen für das Bauen und Wohnen in der Stadt und Region Hannover, in Niedersachsen und ganz Deutschland geben.

Immerhin würden bundesweit vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen dringend gebraucht. „Die neue Bundesregierung muss ein Wohnungsbau-Konjunkturprogramm auf die Beine stellen – und zwar gleich nach der Bundestagswahl. Nur das schafft neue Wohnungen. Es stützt die angeschlagene Baubranche und verhindert den Verlust von weiteren Arbeitsplätzen auf dem Bau“, so Wlodarski.

Konkret fordert die IG BAU einen Fond für den Sozialwohnungsbau. Dieser müsse durch das Grundgesetz abgesichert sein. Mindestens 11 Milliarden Euro sollen so pro Jahr bereitstehen, um 100.000 Sozialwohnungen neu zu bauen, so die Gewerkschaft. „Es muss endlich eine feste und verlässliche Fördersumme geben. Denn mit dem Sozialwohnungsbau nach ‚schwankender Haushaltslage‘ muss Schluss sein“, sagt Stephanie Wlodarski.

Außerdem müsse die Mehrwertsteuer für Neubau von Sozialwohnungen von 19 auf 7 Prozent sinken. „Und zwar bei allen Bauleistungen für Wohngebäude, in denen mindestens zwei Drittel der Wohnungen Sozialwohnungen sind“, fordert Wlodarski.

Die IG BAU fordert darüber hinaus ein bundesweites Sozialwohnungs-Register. „Nur so können der Bund, das Land Niedersachsen und alle Akteure in der Stadt und Region Hannover den Bedarf und Neubau von Sozialwohnungen vernünftig planen“, macht Stephanie Wlodarski deutlich.